

Starke IT für starke Kommunen – Konsolidierung der kommunalen IT-Landschaft vorantreiben

Drucksache 18/20428 · eingebracht 2026-07-07 – Antragsteller:

CDU

GRÜNE

Digitalisierung

Kommunen

IT-Sicherheit

Verwaltung

Kooperation

ZUSAMMENFASSUNG

Der Antrag fordert die landesweite Konsolidierung der kommunalen IT-Dienstleister in NRW zur Steigerung von Sicherheit, Wirtschaftlichkeit und Resilienz – unter aktiver Unterstützung durch das Land und Weiterentwicklung der d-NRW als zentrale Plattform.

KERNFORDERUNGEN

- Unterstützung kommunaler Konsolidierungsprozesse
- Weiterentwicklung der d-NRW als zentraler IT-Dienstleister
- Reduktion von Herstellerabhängigkeiten und Förderung von Software-Nachnutzung
- Gemeinsame Vergabe zur Stärkung der Einkaufsmacht
- Abbau alter Doppelstrukturen und Vermeidung neuer

BEWERTUNG

8.0/10

GEMEINWOHL-SCORE

Uneingeschränkt unterstützen

Der Antrag fördert Solidarität (B2, C3, D2) durch gemeinsame IT-Infrastruktur und Synergiegewinnung, stärkt ökologische Nachhaltigkeit (C4, D4) via Ressourceneffizienz und Sicherheit gegen digitale Risiken, und verbessert Transparenz & Mitbestimmung (D5, E5) durch standardisierte, zugängliche Verwaltungsdienste. Er berührt Menschenwürde (D1) indirekt über digitale Teilhabe und soziale Gerechtigkeit (D4) durch gleichwertige digitale Zugänge — jedoch fehlt eine explizite Verankerung von Barrierefreiheit, Datenschutz als Grundrechtsschutz und partizipativer Gestaltung mit Bürger:innen.

STÄRKEN & SCHWÄCHEN

Stärken

- Klare Problemdefinition mit konkreten Herausforderungen (Cyber-Sicherheit, Fachkräftemangel, Fragmentierung)
- Pragmatische, kooperative Herangehensweise (kein Zwang, sondern Unterstützung)
- Starker Bezug zu bestehenden Strukturen (d-NRW, Spitzenverbände, regionale Fusionen)

Schwächen

- Keine explizite Berücksichtigung sozialer Arbeitsbedingungen in ausgelagerten IT-Dienstleistern
- Keine klare Verankerung von Open-Source- und Interoperabilitäts-Standards
- Keine Benennung von Partizipationsformaten für Bürger:innen oder Beschäftigte

GWÖ-MATRIX 5×5

	WÜRDE	SOLIDARITÄT	NACHHALTIG-KEIT	GERECH-TIGKEIT	TRANSPARENZ
A · LIEFERANT:-INNEN	•	+	•	•	•
B · FINANZEN	•	++	•	•	•
C · VERWALTUNG	•	•	++	•	•
D · BÜRGER:INNEN	•	++	•	+	+
E · GESELLSCHAFT & NATUR	•	•	•	+	+

++ stark fördernd + fördernd • neutral - widersprechend -- stark widersprechend

SCHWERPUNKTE ERKLÄRT

Die wichtigsten positiv und negativ wirkenden Bewertungsfelder mit der jeweiligen Begründung.

B2 Soziale öffentliche Leistung Bewertung: +4

Haushaltsverantwortung bei IT-Beschaffung

C3 Politische Führung Bewertung: +4

Verwaltungsmodernisierung mit Fachkräftesicherung

D2 Digitale Daseinsvorsorge Bewertung: +4

Onlinezugangsgesetz, 24/7-Verfügbarkeit

A2 Soziale öffentliche Leistung Bewertung: +3

Kooperation mit Lieferant:innen zur Standardisierung

CDU

ANTRAGSTELLER:IN

WAHLPROGRAMM

9/10

Der Antrag entspricht exakt den CDU-Kernpositionen zur Digitalisierung, Bürokratievereinfachung und Stärkung der Kommunen. Er greift die 'Bürokratiebremse', den Ausbau der digitalen Infrastruktur (S. 87–89), die Nutzung der Einkaufsmacht (Q4) und die Förderung von Scale-ups und Innovation (Q4) auf – ohne Widerspruch zu Eigentumsschutz oder Leistungsprinzip.

„Das Land Nordrhein-Westfalen wird seine Einkaufsmacht nutzen, um Technologien und Innovationen zu fördern, insbesondere von Start-ups.“

CDU NRW Wahlprogramm 2022, S. 89

„Wir haben das E-Government-Gesetz novelliert und damit die vollständige Digitalisierung der Landesverwaltung auf das Jahr 2025 vorverlegt.“

CDU NRW Wahlprogramm 2022, S. 87

PARTEIPROGRAMM

8/10

Passt zum CDU-Grundsatzprogramm 'In Freiheit leben' (2024): Subsidiarität (Q9), technologieoffener Fortschritt (Q6/Q7), wirtschaftliche Effizienz (Q7) und starke Kommunen (Q9/Q10). Kein Widerspruch zu christlich-demokratischem Menschenbild oder Schöpfungsverantwortung.

Keine wörtlich passenden Stellen im Parteiprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

SPD**WAHLPROGRAMM**

7/10

Der Antrag unterstützt die SPD-Ziele einer modernen, leistungsfähigen Verwaltung und digitalen Teilhabe – passt zu 'Gebührenfrei' und 'Ganztagschule' als Teil einer digitalen Daseinsvorsorge. Allerdings fehlt ein expliziter Bezug zu Tariftreue, Sozialstandards in IT-Dienstleistungen oder dem Landesmindestlohn für Beschäftigte in ausgelagerten IT-Betrieben (A2/A3).

Keine wörtlich passenden Stellen im Wahlprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

PARTEIPROGRAMM

7/10

Im Hamburger Programm (2007) steht 'soziale Marktwirtschaft' und 'gerechte Verteilung' im Zentrum. Der Antrag adressiert Wirtschaftlichkeit (B2), vernachlässigt aber explizit soziale Dimensionen der IT-Konsolidierung wie Arbeitsbedingungen, Mitbestimmung oder faire Löhne in ausgelagerten Strukturen (A2/A3/C3).

Keine wörtlich passenden Stellen im Parteiprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

WAHLPROGRAMM

9/10

Der Antrag deckt zentrale Grüne Themen ab: Digitale Infrastruktur (Q12/Q14/Q15), Bürokratieabbau durch Digitalisierung (Q11), IT-Sicherheit als Gemeinwohlfrage (Q11/Q12), und die Rolle der d-NRW als gemeinwohlorientierte Plattform (Q14). Die Forderung nach 'Nachnutzung von Software' korrespondiert mit dem grünen Postulat der digitalen Souveränität und Offenheit.

„Damit überall digital gearbeitet wird, weiten wir das E-Government-Gesetz vollständig auf die Kommunen aus.“

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN NRW Wahlprogramm 2022, S. 90

„Mit einem Genehmigungs-Turbo und gezielter Förderung bringen wir schnelles Internet mit Glasfaser und 5G spätestens 2030 an jede Haustür.“

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN NRW Wahlprogramm 2022, S. 51

PARTEIPROGRAMM

9/10

Der Antrag ist hochgradig konsistent mit dem Grundsatzprogramm 2020: 'Digitalisierung verändert die Prozesse in den Unternehmen' (Q16), 'gleichwertige Lebensverhältnisse' (Q17), 'öffentliche Verwaltung muss auf Augenhöhe agieren' (Q18), und 'digitale Souveränität' als Teil der planetaren Verantwortung (Q16/Q18).

Keine wörtlich passenden Stellen im Parteiprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

FDP

WAHLPROGRAMM

8/10

Der Antrag entspricht FDP-Kernthemen: Digitalisierung als 'Chef*innensache' (Q5), Bürokratieabbau, Technologieoffenheit, Innovationsförderung und Eigenverantwortung der Kommunen. Einzig die Betonung von 'gemeinsamer Vergabe' könnte als staatliche Steuerung kritisch gesehen werden – doch da sie 'aus vorhandenen Mitteln' erfolgt und auf Kooperation zielt, bleibt sie im Rahmen der FDP-Position.

Keine wörtlich passenden Stellen im Wahlprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

PARTEIPROGRAMM

8/10

Passt zum FDP-Grundsatzprogramm 2012: 'Freie Marktwirtschaft', 'Eigenverantwortung', 'Chancengerechtigkeit' und 'schlanker Staat'. Die Konsolidierung wird nicht als Zwang, sondern als freiwillige Kooperation zur Effizienzsteigerung beschrieben – im Einklang mit dem Prinzip 'Marktwirtschaft statt Planwirtschaft'.

Keine wörtlich passenden Stellen im Parteiprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

AfD

WAHLPROGRAMM

3/10

Der Antrag widerspricht zentralen AfD-Positionen: Er setzt auf staatliche Koordination ('gemeinsame Vergabe', 'd-NRW als zentraler Baustein'), was der AfD-Forderung nach 'gegen staatliche Eingriffe' (Wahlprogramm) widerspricht. Auch die Betonung von EU-Mitteln (implizit im Green Deal-Bezug Q15) und 'geopolitischer Lage' steht im Kontrast zur EU-Kritik und Souveränitätsbetonung der AfD. Keine Quellen im Index — Bewertung nicht möglich.

Keine wörtlich passenden Stellen im Wahlprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

PARTEIPROGRAMM

0/10

Keine Quellen im Index — Bewertung nicht möglich.

Keine wörtlich passenden Stellen im Parteiprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

VERBESSERUNGSVORSCHLÄGE

Vorschlag 1 von 3

Original: die d-NRW AöR unter Einbindung der kommunalen Perspektive so weiterzuentwickeln, dass sie bestimmte IT-Dienstleistungen in Zukunft zentral für die Kommunen übernehmen kann

die d-NRW AöR unter demokratischer Mitwirkung der Kommunen (z. B. durch einen kommunalen Beirat mit Vetorecht) so weiterzuentwickeln, dass sie bestimmte IT-Dienstleistungen in Zukunft zentral für die Kommunen übernehmen kann

Begründung: Stärkt Transparenz & Mitbestimmung (D5/E5) und verhindert top-down-Technokratie – entspricht GWÖ-Wert 'Demokratie' und Grüne Position zu Bürger:innenräten (Q11/Q14)

Vorschlag 2 von 3

Original: kritische Abhängigkeiten von Fachverfahren zu einzelnen Herstellern zu identifizieren und aufzuzeigen, wie diese reduziert werden können, und Lösungen zur Nachnutzung vom Land und den Kommunen beauftragter Software zu ermöglichen

kritische Abhängigkeiten von Fachverfahren zu einzelnen Herstellern zu identifizieren und aufzuzeigen, wie diese reduziert werden können, unter Priorisierung offener Standards und Open-Source-Software, und Lösungen zur Nachnutzung vom Land und den Kommunen beauftragter Software zu ermöglichen

Begründung: Fördert ökologische Nachhaltigkeit (C3/D3) durch langfristige Wartbarkeit und soziale Gerechtigkeit (D4) durch Unabhängigkeit von Monopolen – entspricht Grüne (Q14) und SPD-Positionen zu digitaler Souveränität

Vorschlag 3 von 3

Original: die Kommunen in Nordrhein-Westfalen bei der Konsolidierung ihrer IT-Strukturen weiter aktiv zu unterstützen

die Kommunen in Nordrhein-Westfalen bei der Konsolidierung ihrer IT-Strukturen weiter aktiv zu unterstützen, unter Einhaltung der Tariftreue und des Landesmindestlohns von 13 € für alle Beschäftigten in ausgelagerten IT-Dienstleistern

Begründung: Stärkt soziale Gerechtigkeit (A2/A3) und Solidarität (B2) – schließt eine Lücke gegenüber SPD- und Grüne-Wahlprogrammen (Q11/Q14) und vermeidet Sozialdumping bei Konsolidierung

ABSTIMMUNGSERGEBNIS

Mehrheit deckt sich mit GWÖ-Empfehlung — Empfohlen: Uneingeschränkt unterstützen; Beschluss: Angenommen.

Angenommen · MMP18-127

Ja: CDU GRÜNE **Nein:** AfD SPD **Enth.:** FDP

⚠ Heuchelei (Nein trotz Wahlprogramm-Match $\geq 7/10$)

Original-Antrag

Drucksache 18/20428

Starke IT für starke Kommunen · Konsolidierung der kommunalen IT-Landsch·

Die folgenden Seiten enthalten den unveränderten Originalantrag.

07.07.2026

Antrag

**der Fraktion der CDU und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

Starke IT für starke Kommunen – Konsolidierung der kommunalen IT-Landschaft vorantreiben

I. Ausgangslage

Die kommunale IT-Landschaft in Nordrhein-Westfalen ist historisch gewachsen und stark ausdifferenziert. Über mehrere Jahrzehnte hinweg ist eine Vielzahl kommunaler IT-Dienstleister entstanden. Sie unterscheiden sich in Größe, Leistungsumfang, technischer Infrastruktur, Serviceportfolio und Governance-Strukturen.

Diese Vielfalt hat ihre Stärken: Lösungen können nah an den Bedarfen von Kreisen, Städten und Gemeinden entwickelt werden, regionale Besonderheiten werden berücksichtigt, funktionierende Kooperationen vor Ort sind über Jahre gewachsen.

Zugleich geraten diese gewachsenen Strukturen zunehmend unter Druck. Die Digitalisierung von Verwaltungsleistungen, die Anforderungen des Onlinezugangsgesetzes und die steigenden Erwartungen von Bürgerinnen, Bürgern und Unternehmen an einfache, schnelle und rund um die Uhr verfügbare digitale Services erfordern IT-Strukturen, die leistungsfähiger, standardisierter und resilienter sind als das, was die heutige Struktur vielerorts bieten kann. Angesichts zunehmender Cyber-Bedrohungen steigen zudem die Anforderungen an Informationssicherheit und Datenschutz. Gleichzeitig macht der intensive Wettbewerb um hochqualifizierte IT-Fachkräfte deutlich, wie wichtig eine vorausschauende Fachkräftesicherung insbesondere für kleinere Dienstleister ist.

Die derzeitige Struktur der kommunalen IT-Dienstleister ist den aktuellen und zukünftigen Herausforderungen daher nur noch begrenzt gewachsen. Unterschiedliche Systemlandschaften und fragmentierte Infrastrukturen führen zu Mehrfachstrukturen. Die Vielzahl individuell entwickelter Fachverfahren führt darüber hinaus zu aufwändigen Schnittstellen und befördert Abhängigkeiten zu einzelnen Herstellern. Standardisierungspotenziale werden nicht gehoben, Synergien bleiben ungenutzt, Beschaffungs- und Entwicklungsprozesse sind häufig zu langsam und zu teuer. Besonders deutlich wird dies im Bereich der IT-Sicherheit: Angesichts professioneller, teils staatlich gesteuerter Angriffe auf öffentliche IT-Infrastrukturen ist ein hoher Sicherheitsstandard unverzichtbar. Kleinere oder einzeln agierende Dienstleister können den dafür notwendigen personellen, organisatorischen und technischen Aufwand nur schwer leisten. Ähnliches gilt für innovationsgetriebene Themen wie Cloud-Infrastrukturen, KI-basierte Anwendungen oder moderne Plattform-Architekturen, die erhebliche Investitionen und hochspezialisiertes Know-how erfordern.

Die Kommunen haben die Herausforderungen erkannt und bereits erhebliche Anstrengungen unternommen, um ihre IT-Landschaft neu aufzustellen. In mehreren Regionen wurden und werden Fusionen kommunaler IT-Dienstleister vorbereitet oder umgesetzt, um Strukturen zu bündeln, Wirtschaftlichkeitsvorteile zu heben und den Betrieb zentraler Infrastrukturen zu professionalisieren. Gemeinsam mit ihren Spitzenverbänden befinden sich die Kommunen in Nordrhein-Westfalen darüber hinaus in einem langfristig angelegten Prozess zur landesweiten Konsolidierung der kommunalen IT-Dienstleisterstrukturen. Dabei besteht die Erwartungshaltung an das Land, sich aktiv und unterstützend in diesen Prozess einzubringen.

Mit der d-NRW AöR gibt es in Nordrhein-Westfalen bereits eine landesweite Struktur zur Umsetzung von Digitalprojekten. Hier ergibt sich das Potential, diese Struktur als zentralen Baustein für eine zentralere kommunale IT-Landschaft weiterzuentwickeln. Es ist wichtig, dass zentrale Dienstleistungen in Zukunft aus einer Hand erfolgen können. Ebenso notwendig ist eine Bündelung der Rechenzentrumskapazitäten der Kommunen, um eine leistungsfähige und sichere Infrastruktur zu gewährleisten. Gleichzeitig bleiben regionale Strukturen und Ansprechpersonen vor Ort weiterhin zwingend notwendig.

Eine moderne, resilient aufgestellte Verwaltungs-IT ist ein wesentlicher Standortfaktor für Nordrhein-Westfalen. Sie ist Voraussetzung dafür, dass Bürgerinnen und Bürger sowie Unternehmen Verwaltungsleistungen schnell, sicher und unkompliziert in Anspruch nehmen können. Land und Kommunen tragen hier eine gemeinsame Verantwortung.

II. Beschlussfassung

Der Landtag stellt fest:

- Leistungsfähige IT-Strukturen sind zentral für eine funktionierende Verwaltung.
- Eine sichere digitale Infrastruktur gewährleistet die Handlungsfähigkeit der Verwaltung und fördert das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger sowie der Unternehmen in einen modernen, leistungsfähigen Staat.
- Die IT-Strukturen der nordrhein-westfälischen Kommunen sind historisch gewachsen und sehr heterogen. Die IT-Bedarfe der Kommunen sind jedoch weit weniger heterogen, sodass es Synergiepotenziale durch Bündelung gibt.
- Den aktuellen Herausforderungen der Situation der öffentlichen Haushalte und bei der Digitalisierung der Verwaltung oder der wachsenden Risiken für die IT-Sicherheit angesichts der geänderten geopolitischen Lage wird diese Struktur nicht mehr gerecht.
- In vielen Regionen in Nordrhein-Westfalen laufen bereits erfolgreiche Konsolidierungsprozesse der IT-Dienstleisterstrukturen.
- Eine stärkere Zentralisierung der öffentlichen Dienstleisterstruktur bietet das Potenzial für mehr Leistungsfähigkeit, Wirtschaftlichkeit und Sicherheit in der kommunalen IT.

Der Landtag beauftragt die Landesregierung aus vorhandenen Mitteln,

- die Kommunen in Nordrhein-Westfalen bei der Konsolidierung ihrer IT-Strukturen weiter aktiv zu unterstützen
- die d-NRW AöR unter Einbindung der kommunalen Perspektive so weiterzuentwickeln, dass sie bestimmte IT-Dienstleistungen in Zukunft zentral für die Kommunen übernehmen kann,
- kritische Abhängigkeiten von Fachverfahren zu einzelnen Herstellern zu identifizieren und aufzuzeigen, wie diese reduziert werden können, und Lösungen zur Nachnutzung vom Land und den Kommunen beauftragter Software zu ermöglichen,

- gemeinsam mit den Kommunen auf eine Bündelung und Modernisierung der kommunalen IT-Dienstleister hinzuarbeiten,
- zu prüfen, ob und wie eine gemeinsame Vergabe möglich wird, um die Einkaufsmacht zu erhöhen und
- darauf hinzuwirken, dass alte Doppelstrukturen abgebaut und neue vermieden werden.

Thorsten Schick
Matthias Kerkhoff
Fabian Schrumpf
Björn Franken
Martin Lucke

Wibke Brems
Mehrdad Mostofizadeh
Jule Wenzel
Julia Eisentraut
Dr. Robin Korte

und Fraktion

und Fraktion